

BEZAHLT – PFLEGEHELFER IN DER STEIERMARK

Trotz Ausbildung kein Job



Von Pflegenotstand war in den letzten Monaten in den Medien häufig die Rede. Tatsächlich sind jüngsten Zahlen zufolge in der Steiermark derzeit rund 650 Pflegehelfer arbeitslos gemeldet. Zugleich sind rund 180 PflegehelferInnen in Ausbildung – Zukunft ungewiss!

Heimen auf und dienen so als ‚kostenlose‘ Arbeitskräfte.“ Herr T. hat ausgerechnet, dass allein die TeilnehmerInnen an seinem Kurs gratis 12 1/2 Jahre an Arbeitszeit eingebracht haben - in Arbeitsentgelt umgerechnet wären das 252.000 Euro an Gehältern, die sich so der Gesundheitsbereich erspart hat!

Zugleich steigt die Zahl der arbeitslosen PflegehelferInnen. Derzeit liegt sie bei rund 650 allein in der Steiermark.

Herr Mag. Karl-Heinz Snobe, Landesgeschäftsführer des AMS Steiermark, weiß um

die angespannte Situation im Pflegebereich. „Wir haben erst im Vorjahr den Regierungsauftrag von Wirtschaftsminister Bartenstein bekommen, die Ausbildung zum Pflegehelfer zu fördern. Die Förderung läuft heuer aus.“ Zum Thema Pflegenotstand meint Snobe: „Dieser bezieht sich vor allem auf die Pflege rund um die Uhr daheim, für welche inländische Arbeitskräfte schwer zu finden sind – dies vor allem auch deshalb, weil bis heute nicht geklärt ist, wie Entlohnung und Sozialversicherung abgegolten werden sollen.“

Herr T. ist enttäuscht: „Wir dachten, einen Beruf gewählt zu haben, der für unsere Gemeinschaft notwendig sei und deshalb auch wertgeschätzt würde.“

Pflege nicht profitabel

Doch in einem kapitalistisch orientierten System darf eben nur dort Geld ausgegeben werden, wo am Ende riesige Profite winken. Pflege „rentiert sich nicht“. Die Wirtschaft wird unterstützt, die Menschen nicht. Ein trauriges Zeugnis für unsere Gesellschaft.

LESERBEITRAG

Arbeitslose: Um 15% ärmer als 2000

Mindestens seit dem Jahr 2000 gibt es keine Anpassung von Arbeitslosengeld, Notstandshilfe und Pensionsvorschuss an die Geldentwertung mehr. So werden wir Erwerbsarbeitslose und Pensionsvorschussbezieher/innen Österreichs Jahr für Jahr, Monat für Monat ärmer gemacht – seit dem Jahr 2000 also schon um 15%! Anders als bei allen anderen unselbstständigen Erwerbseinkommen mit 14 Monatsbezügen erfolgt die Auszahlung unserer Bezüge nur 12mal jährlich.

Ist das gerecht? Und solidarisch? Von sozial schon einmal gar nicht zu sprechen!

Wir vom Verein AMSEL fordern von unseren (Bundes-)Politikern daher, dass die Erwerbs-Ersatz-Bezüge ab sofort an die jährliche speziell für MindestpensionistInnen und GeringverdienerInnen geltende höhere jährliche Inflationsrate angepasst werden. Weiters verlangen wir eine rückwirkende Anhebung von AL-Geldern, Notstandshilfe und Pensionsvorschuss um mindestens 10 % als teilweise Entschädigung für den erlittenen Kaufkraftverlust in den letzten Jahren sowie eine 14malige Auszahlung unserer Bezüge.

Solange diese drei Punkte nicht erfüllt sind, erweisen sich alle großspurigen Versprechungen von einer „bedarfsorientierten Grundsicherung“ als bloße Makulatur.

Wolfgang Lambrecht
Verein AMSEL (= arbeitslose Menschen suchen effektive Lösungen), Graz

**Das kann doch nicht sein:
In Graz haben wir
schon mehr Spielhöllen
als Kindergärten!**

ELKE KAHR

KPO



aufrichtig
sozial
unverwechselbar

www.kpoe-graz.at

Schreiben Sie uns Ihre Meinung:
KPÖ-Elke Kahr,
Lagergasse 98a, 8020 Graz,
Fax 0316/872 2060 oder E-Mail:
stadtblatt@kpoe-graz.at